

## Hubert Münch Rede Haushalt 2023 Gemeinderat 08.12.22

(Es gilt das gesprochene Wort)

Einen Haushalt aufzustellen ist immer eine Herausforderung und selten vergnügungssteuerpflichtig. Aber in diesem Jahr tut es weh. Uns im Rat und sicher auch den Bürgerinnen und Bürgern.

Wir werden die Hebesätze für die Grundsteuern und die Gewerbesteuer erhöhen, spürbar für jeden einzelnen Haushalt und jedes Unternehmen. Da tröstet es wenig, dass die letzten Erhöhungen 2011 oder bei der Gewerbesteuer gar 2001 erfolgt sind. Auch die Gebührenerhöhungen bei Wasser und Abwasser mussten leider sein.

Auch wenn wir bei der Grundsteuer B nicht den höchsten Nivellierungssatz anwenden, bedeutet dies für einen durchschnittlichen 4-Personenhaushalt alles in allem eine Mehrbelastung von insgesamt rund 450 Euro im Jahr. Dies in Zeiten, wo die gestiegenen Energie- und Lebensmittelpreise und die hohe Inflation viele schon bis an den Rand des finanziell Möglichen bringen. Gerade uns Sozialdemokraten sind diese Erhöhungen schwer gefallen, weil wir immer auch die im Auge haben, die nicht so viel haben. Bedauerlicherweise haben unsere Anträge, bei den Hebesätzen moderat nach zu justieren, in der Vergangenheit keine Mehrheit gefunden.

Daher müssen diese Erhöhungen jetzt leider sein. Nicht weil das neue Landesfinanzausgleichsgesetz uns dazu zwingt. Dieses Argument führen immer die an, die schnell mit der Hand auf andere zeigen, weil sie sich so aus der Verantwortung stehlen wollen. Immerhin stehen wir nach neuem Recht summa summarum um knapp eine halbe Million Euro besser da, als wenn noch das bisherige Recht gelten würde.

Niemand zwingt uns zu Steuererhöhungen. Eine Kommune kann eigentlich nur so viel ausgeben, wie sie einnimmt. Es galt schon immer das Gebot des Haushaltsausgleiches. Das hat auch der Verfassungsgerichtshof nochmals klar festgestellt. Die Aufsichtsbehörden werden jetzt wohl stärker darauf achten. Denn es wäre ungerecht, wenn Kommunen Defizite aufgrund eines Steuersatzes unter dem Durchschnitt dadurch quer finanzieren, dass sie hohe Förderungen vom Land und anderen Kommunen erhalten. In dieser Situation haben wir einige Jahre gut gelebt, bis wir endgültig als reiche Gemeinde eingestuft worden sind.

Wer auf das Land zeigt, unterschlägt, dass die Mittel für die Gebietskörperschaften im kommenden Jahr auf einen Schlag um 357 Millionen Euro steigen werden. Unterschlägt das neue Kommunale Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation, welches mit 250 Millionen Euro unterfüttert ist und unterschlägt die 3 Milliarden Euro, mit denen das Land die Kommunen bei den Liquiditätskrediten entlasten wird. Ob wir dabei sein werden, müssen wir abwarten.

Der Verweis auf das Land bringt uns nicht weiter. Nein, wir sind selber die Herren unserer Geschicke, wir sind selber verantwortlich für unseren Haushalt. Es sind doch wir, die seit Jahren viel zu große Räder drehen. Immer gut gemeint, aber am Ende nicht alles finanzierbar und zu realisieren. Wir planen im Haushalt Investitionen in Höhe von rund 18 Millionen Euro. Und schieben dabei immer noch viele der fast 140 Maßnahmen unerledigt vor uns her. Dass dies nicht ohne eine Kreditaufnahme von gut 3 Millionen Euro gehen wird, sollte uns allen klar sein. In 2024 wird es noch mehr sein. Obwohl wir im kommenden Jahr durch die Steuererhöhungen netto 2,2 Millionen Euro mehr in der Kasse haben werden und in den folgenden Jahren immerhin noch jeweils 1,1 Millionen Euro mehr, wird sich vorerst die Kreditsituation nicht entspannen.

Trotz Arbeitskreisen haben wir es nicht geschafft, das Investitionsvolumen entscheidend zu senken. Wir schaffen es nicht, die Verwaltung zu entlasten. Eine Verwaltung, die schon an ihrer Kapazitätsgrenze arbeitet und vieles, was wir beschlossen haben, nicht umzusetzen in der Lage ist. Obwohl das Geld eigentlich da war. Zuerst wegen Corona, dann wegen des großen Einsatzes in der Fluthilfe und jetzt wegen der allgemeinen angespannten Lage beim Personal. Das führt zu Frustrationen. Bei uns, aber vor allem bei den Bürgerinnen und Bürgern. Sie können einfach nicht verstehen, warum es nicht weiter geht. Die Brücke in Birresdorf und das dortige Hochwasserschutzbecken sowie der Bau der neuen Kita in Ringen, der schon seit fast 6 Jahren auf dem Weg ist, sind nur einige markante Beispiele. Niemandem soll hier ein Vorwurf gemacht werden, aber wir müssen im Rat dringend eine Prioritätenliste aufstellen. Eine Agenda festlegen, was zuerst angepackt werden muss. Wir werden auf Maßnahmen verzichten müssen, um anderes überhaupt realisieren zu können. Nur so können wir auch die Verwaltung entlasten. Das tun wir am besten schon im ersten Halbjahr 2023. Nur so können wir aus unserer Sicht weiter kommen.

Priorität haben für uns Sozialdemokraten neben den unverzichtbaren Maßnahmen im Hochwasserschutz und bei den Kitas, Schulen und der Feuerwehr, Projekte des Klima- und Umweltschutzes. Daher auch unser Drängen, schneller Photovoltaikanlagen auf unsere gemeindeeigenen Gebäude zu bringen und endlich E-Ladestationen in der Grafschaft zu errichten. Wer im Bereich der Umwelt, der erneuerbaren Energie und der ökologischen Aufwertung unserer Gemeinde sparen will, wird es später noch teuer bezahlen müssen. Aber die Maßnahmen müssen auch zielführend sein. Hier heißt es, realitätsnah und pragmatisch zu bleiben. In unserer Lage bedeutet leider mehr Geld nicht zwangsläufig mehr Projekte und Erfolge.

Mehr Geld benötigen auch unsere Orte. Nach dem Wegfall der 20.000 Euro-Maßnahmen müssen diese ihre investiven Projekte über den Haushalt einbringen können. Für viele der Anträge haben wir schon Haushaltsstellen. Gut. Manches haben wir noch aufgenommen, aber sicher immer noch zu wenig. Vieles findet sich, aus unserer Sicht leider, nicht im Haushalt wieder.

Wir müssen uns vor Augen halten, dass die Ortsbeiräte am besten wissen, was in ihren Dörfern notwendig ist. Hier leben die Menschen, hier spüren sie hautnah, was Lebensqualität bedeutet. Aber auch die Ortsbeiräte müssen einsehen, dass nicht alles was wünschenswert ist, umgesetzt werden kann. Das Verständnis zwischen Rat und Ortsbeiräten muss wachsen.

Daher unterstützen wir grundsätzlich das Anliegen der CDU für die Einstellung einer Pauschalsumme zur Verfügung der Ortsbeiräte. Die Schwierigkeiten bei der Erarbeitung einer Richtlinie und deren Umsetzung werden noch früh genug kommen. Aber eins ist wichtig: Alle Orte müssen gleichberechtigt davon profitieren können.

Schneller könnte es mit der Errichtung von Buswarteallen in den Orten gehen. Daher sind wir für die Erhöhung der entsprechenden Haushaltsposition dankbar. Finanziell überschaubar, aber subjektiv groß in den Auswirkungen

Wir Sozialdemokraten stehen für eine moderate Weiterentwicklung der Grafschaft. Auf allen Gebieten. Das gilt auch für die Ausweisung von neuen Gewerbegebieten. Hier haben wir eine klare Position: Keine weitere Ausweisung von neuen Gewerbegebieten.

Dennoch brauchen wir die schon lange in die Wege geleitete Erweiterung des Gewerbegebietes Gelsdorf für die Ansiedlung von ausschließlich einheimischen Betrieben. Das sind wir diesen schuldig und ist auch wirtschaftlich sinnvoll. Natürlich sind aber auch die Befürchtungen und Widerstände, die mit der Ausweisung eines solchen Gebietes einhergehen, nachvollziehbar. Dies wäre wohl in jedem Ortsbezirk so. Daher müssen wir die Kritik, die Fragen und Anregungen aufgreifen und uns intensiv damit auseinandersetzen. Hier müssen wir Lösungen und Optimierungen finden, die bestenfalls zur Zufriedenheit von vielen führen. Wir Sozialdemokraten sind dazu bereit.

Wer aber die Erweiterung in Gelsdorf aus grundsätzlichen Überlegungen ablehnt, was legitim ist, muss wissen, dass dann im Haushalt 4 Millionen Euro fehlen werden. Wir benötigen das Geld, um zum Beispiel Hochwasserschutzmaßnahmen umzusetzen. Nicht nur in Gelsdorf, sondern auch in den anderen Orten, die auch alle darauf warten. Wir brauchen das Geld für unsere Kitas und Schulen, für unsere Feuerwehr, für unsere Dorfeinrichtungen und die gesamte Infrastruktur.

Wir benötigen das Geld für den Umstieg auf erneuerbare Energien, für Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen, für die Verbesserung der Artenvielfalt und für soziale Maßnahmen. Wer die Erweiterung ablehnt, muss klar sagen, welche Maßnahmen er streichen möchte. Soll die 6. Kita in Ringen gestrichen werden? Sollen Hochwasserschutzmaßnahmen wegfallen? Was soll sonst gestrichen werden? Auf diese Fragen muss man dann die Antworten geben. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf. So viel Ehrlichkeit muss man erwarten können.

In der vorliegenden Fassung ist der Haushalt seit langer Zeit wieder ausgeglichen. Die Freie Finanzspitze über Jahre hinweg voraussichtlich positiv. Diese finanzielle Grundlage stimmt zuversichtlich, dass wir in der Lage sein werden, gemeinsam die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Auch der Wille zur Zusammenarbeit, der augenblicklich von den Fraktionen an den Tag gelegt wird, tut dies.

Es liegt an uns, bei allen Unterschieden, im Rat die Probleme gemeinsam anzugehen und zu lösen.

Wir Sozialdemokraten wollen auf jeden Fall dafür sorgen, dass sich die Grafschaft moderat und für alle Bürgerinnen und Bürger verträglich entwickeln wird. Dabei werden wir auch weiterhin darauf achten, dass die Zukunftsthemen nicht zu kurz kommen und die Weichen richtig gestellt werden.

Auch wenn wir mit diesem Haushalt einige Kröten schlucken müssen und die Bürgerinnen und Bürger leider mehr belasten, werden wir diesem Haushalt zustimmen.

Ihnen allen wünschen wir von der SPD Gesundheit und eine friedliche und segensreiche Weihnachtszeit, für Sie und Ihre Familien.